

Liebe Leser*innen,

„Guten Morgen. Russland hat die Ukraine angegriffen.“

Die Worte des Tagesschau-Sprechers André Schünke vor genau vier Jahren, am Morgen des 24. Februar 2022 um 5.30 Uhr, waren ein Paukenschlag. Ein neues historisches Kapitel hatte begonnen: der größte Konflikt in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg – der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine.

Während die meisten Menschen in Schockstarre den Push-Nachrichten folgten, waren diejenigen, die schon jahrelang die systematische Zerschlagung der russischen Zivilgesellschaft beobachtet hatten, vermutlich weniger überrascht.

Beinahe auf den Tag sieben Jahre vorher, am 27. Februar 2015, wurde der Oppositionspolitiker Boris Nemzow auf der Bolschoj-Mosworezkij-Brücke vor dem Kreml mit vier Schüssen getötet. Ein Jahr zuvor – ebenfalls im Februar – hatten russische Soldaten strategische Punkte auf der Krim besetzt und das dortige Parlament gestürzt. Es war Nemzow, der die kritischen zivilgesellschaftlichen Organisationen, NGOs und Menschenrechtler*innen in Russland großflächig mobilisiert und mit der politischen Opposition vernetzt hatte. Für den 1. März hatte er einen Friedensmarsch gegen die russische Aggression in der Ukraine, die Annexion der Krim und den Krieg im Donbass geplant.

Doch die geplante Großdemo wurde zum Trauermarsch. Die russische Zivilgesellschaft verlor einen ihrer mutigsten Sprecher – und das rechtsautoritäre Playbook wurde von da an vollends ausgerollt:

Russische NGOs wurden durch das „Agenten-Gesetz“ zu „ausländischen Feinden“, ihre Finanzierung gekappt und Organisationen wie die Menschenrechtsorganisation Memorial kurzerhand liquidiert. Jede Form von Widerspruch wurde kriminalisiert. Protestversuche durch Massenverhaftungen und drakonische Haftstrafen im Keim erstickt. Parallel dazu sicherte sich das Regime durch staatlich gesteuerte Desinformation und die systematische Diffamierung von

NGOs die totale Deutungshoheit über ziviles und politisches Engagement. Im Februar 2024 verstummte mit der Vergiftung Alexei Nawalnys eine weitere regimekritische Stimme in Russland. Der Weg war frei für eine Gesellschaft, in der abweichende Meinungen faktisch nicht mehr existieren durften. Die zivile Resilienz brach, die Wächter*innen der Menschen- und Grundrechte im Inneren wurden weiter ausgeschaltet. All das war die Voraussetzung für die russische Großinvasion der Ukraine am 24. Februar 2022.

Nur sieben Jahre.

Zeitsprung in die BRD: Februar 2025

Genau zehn Jahre nach den tödlichen Schüssen auf Nemzow pochte in Deutschland der schon lange gereizte Nerv gegenüber autoritärer und rechtsradikaler politischer Einflussnahme schmerzhaft, als die Unionsfraktion Ende Januar 2025 ihren „Migrationsantrag“ zur Abstimmung stellte und dabei eine parlamentarische Mehrheit unter entscheidender Beteiligung der AfD akzeptierte.

Über 1,9 Millionen Menschen gingen in den darauffolgenden Wochen gegen Rechtsextremismus, gegen eine Zusammenarbeit der Union mit der AfD und für den Schutz unserer demokratischen Grundwerte auf die Straße.

Dass Menschen über alle Generationen hinweg gemeinsam für Vielfalt und gegen Menschenfeindlichkeit aufstanden, war das kraftvolle Lebenszeichen eines freiheitlichen Verfassungsstaates und Beweis für eine lebendige, funktionierende Demokratie.

Die Kleine Anfrage der Union am 24. Februar 2025

Doch der 24. Februar 2025 zeigte: Diese ist auch hier nicht weniger fragil als anderswo. Anstatt den Dialog mit den Menschen auf der Straße zu suchen, reichten CDU und CSU eine Kleine Anfrage mit 551 Einzelfragen ein. Darin wurden gezielt 17 gemeinnützige Organisationen ins Visier genommen. Und zwar unter vielen anderen die, die Friedrich Merz sowie die Zusammenarbeit der Union mit der AfD öffentlich kritisiert hatten.

All das passierte damals tatsächlich:

- Die Union verlinkte auf Beiträge, die NGOs als „Deep State“ oder „Schattenstruktur“ bezeichneten. Narrative, die zuvor beinahe deckungsgleich von der AfD (etwa im Thüringer Landtag) verwendet wurden.
- Unter dem Vorwand einer missbräuchlich umgedeuteten „Neutralität“ wurde massiver Druck auf Organisationen ausgeübt, die staatliche Fördergelder z. B. aus dem Programm „Demokratie leben!“ bezogen.

- Obwohl die Union die Anfrage mit dem Aufruf zu Protesten begründete, wurde das Medienhaus Correctiv mit über 30 spezifischen Einzelfragen zu einer besonders großen Zielscheibe der Kleinen Anfrage. Das Medienhaus hatte selbst nie zu Protesten aufgerufen – allerdings am 11. Februar über mutmaßliche Lobby-Verbindungen von Friedrich Merz berichtet.
- Die CSU-Politikerin Monika Hohlmeier warf der EU-Kommission vor, NGOs über „Geheimverträge“ bezahlt zu haben, damit diese Lobbyarbeit für den „Green Deal“ betreiben. Inzwischen ist diese Desinformation enttarnt und eine [Rüge des Presserats](#) folgte.
- Die schiere Masse der Fragen folgte der MAGA-Strategie „flood the zone with shit“: 551 Detailfragen an die Ministerialbürokratie und die betroffenen Organisationen zu Finanzen, Spenden und internen Strukturen – und das mitten in der kritischen Phase der Regierungsneubildung und in einem ohnehin aufgeheizten Klima.
- Die AfD-Fraktionen in den Ländern kopierten die Unions-Anfrage als Blaupause für ihre eigenen Angriffe auf die lokale Demokratieförderung und stellt Anfragen zu NGOs in Parlamenten auf kommunaler, Landes- und Bundesebene am laufenden Band. Die Organisation Campact hat diese zum Jahrestag ausgewertet: Im vergangenen Jahr wurden 314 Anfragen gegen engagierte Vereine und Initiativen gestellt – rechnerisch eine pro Werktag. Damit hat sich die Zahl bundesweit von 2024 auf 2025 nahezu verdoppelt, in einzelnen Bundesländern sogar verzehnfacht. 94 Prozent der Anfragen (insgesamt 295) stammen von der AfD. Auch das Maecenata Institut veröffentlichte in diesen Tagen eine [Erhebung](#) zu delegitimierenden Kleinen Anfragen und zieht ein trauriges Fazit: „Auffällig ist die Konvergenz der in den Kleinen Anfragen verwendeten Argumentationsmuster mit internationalen Debatten über Zivilgesellschaft in illiberalen und autoritär regierten Staaten. Suggestionen wie ‚ausländischer Einfluss‘, ‚ideologische Steuerung‘ oder der Vorwurf einer Entkopplung vom ‚Volkswillen‘ finden sich in ähnlicher Form in parlamentarischen Auseinandersetzungen in anderen Ländern.“

Ein Jahr nach der Kleinen Anfrage der Union – und unzähligen Kleinen Anfragen durch die AfD:

- Laut aktuellen Erhebungen schweigen inzwischen rund 30.000 Vereine in Deutschland bei politischen Themen, auch aus Angst, ihre Gemeinnützigkeit zu verlieren. Darum setzen wir uns für eine [Rechtsreform und Rechtssicherheit](#) ein und klären über Fallstricke des Gemeinnützigkeitsrechts auf – aber auch, wie man sich nicht ins Bockshorn jagen lässt.

- Viele kleine Initiativen gegen Rechtsextremismus und für Integration (z. B. die Vereine „Buntes Meißen“, das „Jugendhaus H2“ in Glauchau oder der „Demokratiebahnhof“ in Anklam) mussten ihre Arbeit einstellen, nachdem Fördergelder nach einem AfD-Antrag unter dem Vorwand mangelnder „Neutralität“ eingefroren oder gestrichen wurden. Die genannten Vereine waren darüber hinaus von Brandanschlägen, Angriffen und Drohungen mit volksverhetzenden Botschaften betroffen.
- Die Überwachung und Einschüchterung zivilgesellschaftlicher Organisationen institutionalisiert und professionalisiert sich zunehmend – mit Ämtern und Posten wie dem „Wissenschaftlichen Referenten im Bereich NGO-Aufklärung“ der AfD, über den wir in unserem letzten Newsletter berichtet haben.

Das Superwahljahr 2026

In den kommenden Monaten entscheiden die Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin darüber, wie viel Raum das rechtsautoritäre Playbook in unseren Parlamenten einnehmen wird. Fakt ist: Die AfD konnte laut Erhebungen ihre Stimmenanteile in Berlin und den westlichen Bundesländern, in denen dieses Jahr gewählt wird, seit den letzten Wahlen teils fast verdoppeln. In Ostdeutschland hat sie sich mit [Werten von über 30 Prozent](#) als stärkste Kraft festgesetzt.

Wir müssen also nicht allzu weit in die Ferne blicken: 2026 stehen wir an einem kritischen Wendepunkt für die demokratische Kultur auch in Deutschland.

Demokratie ist tägliches ziviles Engagement.

Nur 7,2 Prozent der Weltbevölkerung leben in Ländern, in denen die Handlungsräume der Zivilgesellschaft offen oder nur wenig beeinträchtigt sind. Deutschland gehört seit dem [letzten Civicus-Monitor](#) nicht mehr dazu, sondern gilt als „beschränkt“.

Dass in Deutschland Organisationen wie die Omas gegen Rechts und Greenpeace sowie Millionen Einzelpersonen im Frühjahr 2025 dennoch lautstark für unsere Werte eintreten konnten, ist ein konstitutives Element unseres Rechtsstaats. **Unsere Zivilgesellschaft ist keine Schattenstruktur. Sie ist das Licht unserer Demokratie.**

Deshalb gibt es die Allianz für Rechtssicherheit und politische Willensbildung. Wenn Sie selbst in einem Verein aktiv sind: Schließen Sie sich unserem Bündnis aus bereits über 230 Vereinen und Stiftungen an. Wir setzen uns dafür ein, dass Engagement nicht bestraft wird. **Werden Sie Mitglied: [So geht's!](#)**

Ihre Spende ermöglicht es uns, unabhängige Beratung anzubieten, rechtliche

Expertise zu bündeln und zivilgesellschaftliche Organisationen gegen Einschüchterung zu verteidigen. **Das hilft!**

Informationen zu Spenden

Vielleicht haben Sie es gemerkt: Unser Newsletter wandelt sich. Mit **Allianzen** möchten wir ein neues Format etablieren: Mehr Hintergrundrecherche, größere Zusammenhänge und Einordnungen. Wir hoffen, Ihnen gefällt diese erste Ausgabe und freuen uns über Rückmeldungen!

Mit herzlichen Grüßen

Marie Wachinger und Stephanie Handtmann

Dies ist der Newsletter der Allianz "Rechtssicherheit für politische Willensbildung" e.V. Sie erhalten diese Information, weil Sie sich dafür eingetragen haben oder aus unserem berechtigten Interesse, Sie zu informieren.

Wenn Sie keine weiteren Informationen zu Gemeinnützigkeit und zivilgesellschaftlicher Einmischung der Allianz "Rechtssicherheit für politische Willensbildung" e.V. erhalten möchten, [dann klicken Sie hier](#) oder melden Sie sich per Mail an info@zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de

Die Allianz "Rechtssicherheit für politische Willensbildung" ist vom Finanzamt Lübeck als gemeinnützig anerkannt und beim Amtsgericht Lübeck in das Vereinsregister eingetragen unter dem Aktenzeichen VR 4013 HL.

Wir sind als Interessenvertreterin im Lobbyregister beim Deutschen Bundestag unter der Nummer R002707 registriert: <https://www.lobbyregister.bundestag.de/suche/R002707>